

Konsultation zur europäischen Säule sozialer Rechte

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder.

Willkommen bei der öffentlichen Online-Konsultation der Europäischen Kommission zur „Europäischen Säule sozialer Rechte“!

Sind unsere sozialen Rechte für das 21. Jahrhundert geeignet? Die Säule wird eine Reihe wesentlicher Grundsätze zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Beschäftigung und der Sozialpolitik aufzeigen.

Wir wollen jeden einzelnen in die Ausgestaltung der europäischen Säule sozialer Rechte einbeziehen. Wir würden uns über Beiträge von Bürgerinnen und Bürgern, Sozialpartnern, Organisationen und öffentlichen Behörden freuen! Teilen auch Sie uns Ihre Meinung mit!

Bitte übermitteln Sie Ihren Beitrag bis Ende 2016.

I. Fragen zur Identität des Teilnehmers/der Teilnehmerin

*** Antworten Sie als Privatperson oder als Vertreter einer Organisation?**

- Privatperson
- Organisation

Welche Art von Organisation vertreten Sie?

- Unternehmen
- Organisation auf EU-Ebene
- Organisation auf nationaler Ebene

Ihre Organisation auf nationaler Ebene ist ein(e)

- Nichtregierungsorganisation
- Gewerkschaft
- Arbeitgeberorganisation
- Think-Tank/Hochschule
- Nationale Behörde
- Regionale/lokale Behörde
- Sonstige

*** Bezeichnung Ihrer Organisation/Einrichtung:**

höchstens 500 Zeichen

Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen, getragen von folgenden Verbänden:

- Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Bezirketag;
- Gemeindetag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg, Landkreistag Baden-Württemberg;
- Sächsischer Städte- und Gemeindetag, Sächsischer Landkreistag.

Sie vertritt die Interessen von fast 4.000 Mitgliedskommunen mit mehr als 27 Mio. Einwohnern.

*** Vorname des Teilnehmers/der Teilnehmerin:**

Christiane

*** Nachname des Teilnehmers/der Teilnehmerin:**

Thoemmes

*** E-Mail-Adresse des Teilnehmers/der Teilnehmerin:**

info@ebbk.de

*** Postanschrift Ihrer Organisation/Einrichtung:**

höchstens 500 Zeichen

Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen
Rue Guimard 7
1040 Bruxelles

Land

Privatpersonen: Wohnsitzland.

Organisationen: Land, in dem die Organisation ihren Sitz hat oder in dem sich ihre Zentrale befindet.

Deutschland

Registriernummer (wenn Sie/Ihre Organisation im Transparenz-Register registriert sind/ist):

Wenn Sie sich registrieren möchten, finden Sie auf folgender Website Informationen zum Registrierungsverfahren: <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/homePage.do?locale=de#de>

* Ihre Antworten:

- dürfen mit Ihren personenbezogenen Angaben veröffentlicht werden** (d. h. Sie stimmen der Veröffentlichung sämtlicher in Ihrem Beitrag enthaltenen Informationen zu und erklären, dass der Inhalt keinen urheberrechtlichen Beschränkungen unterliegt, die einer Veröffentlichung entgegenstehen)
- dürfen anonym veröffentlicht werden** (d. h. Sie stimmen der Veröffentlichung sämtlicher in Ihrem Beitrag enthaltenen Informationen zu, nicht jedoch der Veröffentlichung Ihres Namens /des Namens Ihrer Organisation, und erklären, dass der Inhalt keinen urheberrechtlichen Beschränkungen unterliegt, die einer Veröffentlichung entgegenstehen)
- dürfen nicht veröffentlicht werden, sondern sind vertraulich zu behandeln** (d. h. Ihr Beitrag wird nicht veröffentlicht, sondern von der Kommission lediglich intern verwendet)

II. Fragen für die Konsultation

Die Kommission ersucht alle interessierten Kreise, die Fragen dieses Fragebogens zu beantworten und die Antworten zusammen mit etwaigen zusätzlichen Anmerkungen bis zum 31. Dezember 2016 zu übermitteln. (Siehe auch [Mitteilung der Kommission „Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte“, COM\(2016\) 127 final](#))

Zur sozialen Lage und zum sozialen Besitzstand der EU

1. Welches sind Ihrer Ansicht nach die dringendsten Prioritäten in den Bereichen Beschäftigung und Soziales?

höchstens 2000 Zeichen

Zu den dringendsten Prioritäten zählen

- Inklusion unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (so auch Integration von Migranten an Schulen und im Arbeitsmarkt)
- Fachkräftemangel v. a. im Bereich der Gesundheits- und Sozialdienstleistungen
- Anpassung an den demografischen Wandel (Arbeitsmarkt, Raumplanung, Gesundheits- und Rentensystem)
- Anpassung an die Digitalisierung und neue Arbeitsformen
- Vermeidung von Armut (insbesondere Kinder- und Jugendfürsorge, Armut im Alter)

2. Wie können wir den unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales in Europa Rechnung tragen?

höchstens 2000 Zeichen

- Sicherstellung der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und des Verhältnismäßigkeitsprinzips (Folgenabschätzungen)
- Studien zur Feststellung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten und der jeweiligen rechtlichen Handlungsoptionen
- Ausarbeitung von nicht bindenden Indikatoren, um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen
- Förderung des Erfahrungsaustauschs („best practices“, Wissensplattformen, gerade der Austausch vor Ort ist besonders erfolgreich im Sinne des „voneinander Lernens“)
- Konsultation der Sozialpartner und unterschiedlichen politischen Ebenen (besonders wichtig für die Einbindung in das Europäische Semester)
- Schwerpunktsetzung auf die Nutzung der offenen Methode der Koordinierung

3. Ist der Besitzstand der EU auf dem neuesten Stand, und sehen Sie Spielraum für weitere Maßnahmen auf EU-Ebene?

höchstens 2000 Zeichen

Vorbemerkung: Das aktuelle Arbeitsdokument der EU-Kommission „The EU social acquis“ ist aus unserer Sicht eine sehr gelungene, da umfassende und kompakte Darstellung des Besitzstands. Die Kompetenzen im Bereich Beschäftigung und Soziales auf EU-Ebene sind sehr komplex. Wir hätten es daher sehr begrüßt, wenn dieses Dokument in alle EU-Amtssprachen übersetzt worden wäre.

Aus unserer Sicht gilt es in erster Linie, den o.g. Acquis besser umzusetzen und die Ergebnisse oder Folgewirkungen zu evaluieren, bevor neue Maßnahmen geplant oder initiiert werden.

Zur Zukunft der Arbeit und der Wohlfahrtssysteme

4. Welche Trends haben Ihrer Meinung nach die größte umgestaltende Wirkung? [Bitte wählen Sie höchstens drei aus der nachstehenden Liste aus]

1 bis 3 Antworten

- Demografische Trends (z. B. Alterung der Bevölkerung, Migration)
- Wandel der Familienstrukturen
- Veränderter Bedarf an Kenntnissen und Fertigkeiten
- Technologischer Wandel
- Zunehmender globaler Wettbewerb
- Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt
- Neue Arbeitsformen
- Ungleichheiten
- Sonstige

5. Was wären die wichtigsten Risiken und Chancen im Zusammenhang mit solchen Trends?

höchstens 2000 Zeichen

Demografische Trends wie die Alterung der Bevölkerung oder Migration gehen aus kommunaler Sicht oft mit einer erhöhten Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen einher. Grundsätzlich stellen sich dabei immer Fragen der Refinanzierung und der Aufrechterhaltung bzw. Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots, für die entsprechendes Fachpersonal gefunden werden und Infrastrukturen vorhanden sein müssen. In den ländlichen Räumen droht eine Strukturschwächung mit entsprechenden Folgen für die Daseinsvorsorgeleistungen und Herausforderungen bei der Raumplanung. Auf der anderen Seite bringt der verstärkte Zuzug in den Wachstumsregionen kapazitative Probleme für die sozialen Sicherungsinstitutionen mit sich. Im Zuge des demografischen Wandels bieten sich andererseits neue Chancen, z. B. neue Fachkräfte durch Zuzug sowie die Nutzung des Potentials von älteren Arbeitnehmern, Menschen mit Behinderung (v. a. auf dem ersten Arbeitsmarkt), Langzeitarbeitslosen etc.

Der technologische Wandel unterstützt die öffentliche Verwaltung einerseits bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Beispielsweise können durch e-Gesundheitsdienstleistungen auch Bürger in ländlichen Gebieten besser erreicht werden (Videokonferenzen mit dem behandelnden Arzt, Telemedizinische Angebote im Rahmen der Diagnostik von Schlaganfallpatienten durch weiter entfernt gelegene Spezialkrankenhäuser). Andererseits sind mit dem technologischen Wandel weitergehende Fragestellungen und Risiken verbunden (Datenschutz, Datenspeicherung, IT-Sicherheit vs. Cyberattacken, Ausgrenzung von Menschen ohne digitalem Zugang etc.).

6. Gibt es Strategien, Einrichtungen oder Unternehmenspraktiken – bestehende oder sich neu entwickelnde –, die Sie als Referenz empfehlen würden?

höchstens 2000 Zeichen

Beispiele sind

- EU-Index für sozialen Fortschritt (Social Progress Index (SPI))
- Praxisbezogene Ausbildungsmodelle, z.B. deutsches System der dualen Ausbildung
- Sächsischer Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK (<http://behindern.verhindern.sachsen.de/aktionsplan.html>) in Umsetzung des Nationalen Aktionsplans (<http://www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Inklusion/nationaler-aktionsplan-2-0.html>)
- Die nationale Präventionsstrategie (<http://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/praeventionsgesetz.html>) mit Umsetzung auf Landesebene unter kommunaler Beteiligung (<https://www.gesunde.sachsen.de/>)
- Das Gesunde Städte-Netzwerk (<http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de/>)
- (freiwillige) Audits und Zertifizierungen, z. B. nutzen die bezirklichen Gesundheitseinrichtungen/Bezirke im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Audits und Zertifizierungssysteme wie „Beruf und Familie gemeinnützige GmbH“, Etablierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements; Mitgliedschaft von Kommunen in landesweiten Bündnissen, wie z. B. Familienpakt Bayern, Präventionsbündnis Bayern
- Realisierung von Projekten vor Ort dank EU-Fördermitteln, z.B. grenzüberschreitender Austausch von Schülern/jungen Erwachsenen im Rahmen von Erasmus+ (wie etwa Austausch der Berufsfachschüler für Krankenpflege zwischen Tschechien und Bayern) oder zur sozialen Inklusion von Menschen mit seelischen Erkrankungen, wie etwa das CRISP-Projekt mit kommunalen Krankenhauspartnern

Zur europäischen Säule sozialer Rechte

7. Stimmen Sie dem hier beschriebenen Konzept für eine europäische Säule sozialer Rechte zu?

- Ich stimme voll und ganz zu
- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu
- Ich stimme überhaupt nicht zu

Bitte erläutern:

höchstens 2000 Zeichen

Im Grundsatz befürworten wir die Idee, soziale Aspekte stärker zu berücksichtigen und eine Diskussion über die soziale Dimension in der EU zu starten. Die Darstellung des ersten Entwurfs für eine europäische Säule sozialer Rechte (Anhang A) enthält eine strukturierte Übersicht über die sozialen Zielsetzungen. Das Konzept kann insoweit als Orientierungsrahmen dienen. Noch unklar sind allerdings zum Teil die konkreten Folgen. Die Initiative darf jedenfalls nicht genutzt werden, um Kompetenzen der EU auszuweiten. Die Sozialmodelle in der EU sind sehr unterschiedlich ausgestaltet und die Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten differenziert.

Daher sollte u. a. in folgenden Bereichen von verbindlichen einheitlichen EU-Vorgaben Abstand genommen werden:

- Jugendgarantie, die über die Summe von Angeboten aller Akteure in der beruflichen Bildung hinausgeht
- Formalisiertes Leistungsscreening im Bildungsbereich
- Weitergehende Regelungen zur Bezahlung und Dauer von Elternurlaub
- Zusätzliche Angebote für Langzeitarbeitslose
- Weitergehende Vorgaben bei Arbeitsverträgen, Probezeit und Kündigungsregelungen
- Festlegung von Mindestlöhnen
- Regelungen zum Renteneintritt (z. B. kein Automatismus zwischen Renteneintrittsalter und Anstieg der Lebenserwartung)

Dagegen sehen wir Möglichkeiten im Rahmen koordinierender Politiken (z. B. Koordinierung der Pflegeleistungen bei grenzüberschreitenden Sachverhalten) im Austausch bewährter Praktiken sowie in der finanziellen Förderung (u. a. ESF). Bereits geltende Standards sollten vollständig umgesetzt werden. Bei der Förderung – auch in stärkeren Regionen – sollten Verwaltungsabläufe vereinfacht werden.

8. Stimmen Sie dem Anwendungsbereich der Säule und den hier vorgeschlagenen Politikfeldern und Grundsätzen zu? (*Wenn Sie sich ausführlicher zu einem oder mehreren der 20 Politikfelder der Säule äußern möchten, können Sie dies unten im Abschnitt „Ausführliche Kommentare zu den Politikfeldern“ tun.*)

	Ich stimme voll und ganz zu	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Ich stimme überhaupt nicht zu
--	-----------------------------	---------------	---------------------	-------------------------------

1. Fertigkeiten, Bildung und lebenslanges Lernen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
2. Flexible und sichere Arbeitsverträge	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
3. Sichere Berufsübergänge	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
5. Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
6. Chancengleichheit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
7. Beschäftigungsbedingungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
8. Löhne und Gehälter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
9. Arbeitsschutz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
10. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
11. Integrierte soziale Leistungen und Dienste	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
12. Gesundheitsversorgung und Krankenleistungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
13. Renten und Pensionen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

14. Arbeitslosenleistungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
15. Mindesteinkommen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
16. Leistungen für Menschen mit Behinderung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
17. Langzeitpflege	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
18. Kinderbetreuung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
19. Wohnraum	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
20. Zugang zu essenziellen Dienstleistungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Gibt es Aspekte, die noch nicht ausreichend zum Ausdruck gebracht oder abgedeckt worden sind?

höchstens 2000 Zeichen

Wir stimmen aus folgenden Gründen keinen Politikfeldern zu:

Da die Darstellung im Entwurf Anhang A in jedem Politikfeld stark schwankt zwischen allgemeinen, abstrakten Aussagen und sehr konkreten Vorstellungen (z. B. I 4b), ist es aus unserer Sicht nicht möglich, eine generalisierende Zustimmung oder Ablehnung auszudrücken.

Die aufgeführten Politikfelder spiegeln die wesentlichen sozialen Herausforderungen wider. Allerdings werden daraus Grundsätze abgeleitet, deren Zielrichtung missverständlich ist. Sie lesen sich zum Teil wie Rechtsansprüche des Einzelnen gegenüber dem Mitgliedstaat. Wir möchten daher nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass die europäische Säule sozialer Rechte zu keinen neuen Zuständigkeiten auf EU-Ebene führen und sich im Rahmen des geltenden EU-Primärrechts unter Wahrung der sozialpolitischen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten bewegen muss.

Wir behalten uns eventuelle Änderungen und Ergänzungen der Einschätzungen im Falle entsprechender Kommissionsvorschläge vor.

9. Welche Politikfelder und Grundsätze wären im Rahmen einer erneuten Konvergenz innerhalb des Euro-Raums am wichtigsten? (Bitte höchstens fünf auswählen.)

1 bis 5 Antworten

- 1. Fertigkeiten, Bildung und lebenslanges Lernen
- 2. Flexible und sichere Arbeitsverträge
- 3. Sichere Berufsübergänge
- 4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung
- 5. Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
- 6. Chancengleichheit
- 7. Beschäftigungsbedingungen
- 8. Löhne und Gehälter
- 9. Arbeitsschutz
- 10. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten
- 11. Integrierte soziale Leistungen und Dienste
- 12. Gesundheitsversorgung und Krankenleistungen
- 13. Renten und Pensionen
- 14. Arbeitslosenleistungen
- 15. Mindesteinkommen
- 16. Leistungen für Menschen mit Behinderung
- 17. Langzeitpflege
- 18. Kinderbetreuung
- 19. Wohnraum
- 20. Zugang zu essenziellen Dienstleistungen

Anmerkungen:

höchstens 2000 Zeichen

Fraglich ist, ob die Konvergenz lediglich im Euro-Raum angestrebt werden sollte.

10. Wie sollten diese zum Ausdruck gebracht und konkretisiert werden? Könnten Ihrer Meinung nach Mindeststandards oder Referenzkriterien für bestimmte Bereiche angewandt werden und einen Mehrwert darstellen, und wenn ja, welche?

höchstens 2000 Zeichen

Mit Blick auf die unterschiedlichen nationalen Strukturen gibt es keinen einheitlichen Lösungsansatz (kein „One size fits all“). Vor diesem Hintergrund ist auch die Einführung zusätzlicher verpflichtender Mindeststandards kritisch zu sehen. Vielmehr sind unverbindliche Indikatoren sowie der „best practice“-Austausch, auch im Rahmen der EU-Förderprogramme, zielführend. Dies wird letztlich insgesamt zur Stärkung der jeweiligen nationalen Systeme beitragen.

Ausführliche Kommentare zu den Politikfeldern

Wenn Sie sich ausführlicher zu den Politikfeldern der Säule äußern möchten, wählen Sie bitte in der nachstehenden Liste das Politikfeld/die Politikfelder aus und füllen Sie die zugehörigen Tabellen und Kommentarfelder aus. *(Eine ausführliche Beschreibung der Politikfelder und Grundsätze finden sie in [Anhang A „Erster vorläufiger Entwurf einer europäischen Säule sozialer Rechte“ der Mitteilung der Kommission „Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte“](#), COM(2016) 127 final.)*

- 1. Fertigkeiten, Bildung und lebenslanges Lernen
- 2. Flexible und sichere Arbeitsverträge
- 3. Sichere Berufsübergänge
- 4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung
- 5. Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
- 6. Chancengleichheit
- 7. Beschäftigungsbedingungen
- 8. Löhne und Gehälter
- 9. Arbeitsschutz
- 10. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten
- 11. Integrierte soziale Leistungen und Dienste
- 12. Gesundheitsversorgung und Krankenleistungen
- 13. Renten und Pensionen
- 14. Arbeitslosenleistungen
- 15. Mindesteinkommen
- 16. Leistungen für Menschen mit Behinderung
- 17. Langzeitpflege
- 18. Kinderbetreuung
- 19. Wohnraum
- 20. Zugang zu essenziellen Dienstleistungen

Contact

EMPL-EUROPEAN-PILLAR-OF-SOCIAL-RIGHTS@ec.europa.eu
